



Einladung

Was tun gegen rechte
Gewalt?

Arbeitsansätze der sekundären
und tertiären Prävention in
Berlin

Dr. Michael Kohlstruck

Ergebnisse
des Forschungsberichts 2009
der Arbeitsstelle Jugendgewalt
und Rechtsextremismus
am Zentrum für Antisemitismus-
forschung der TU Berlin

1. Dezember 2009
Berliner Rathaus







Ihre **Anmeldung** erbitten wir bis
zum **24. November 2009** auf an-
hängendem Vordruck.

Veranstaltungsort:
Berliner Rathaus
Louise – Schroeder – Saal
Rathausstr. 15
10178 Berlin

Die Teilnahme an der Veranstaltung ist
kostenfrei.

Verkehrsverbindungen:

U+S Alexanderplatz

- RE 1, 2, 3, 4, 5
-  S 5, 7, 75, 9
-  U 2, 5, 8
-  M 4, 5, 6
-  100, M 48, 200, TXL

 über Jüdenstraße

Veranstalter:
Landeskommission Berlin gegen Gewalt

Programmänderungen vorbehalten

Landeskommission
Berlin gegen Gewalt
Klosterstr. 47
10179 Berlin

Fax: 9027 - 2921

Fax: 9027 - 2921

Fax: 9027 - 2921

Fax: 9027 - 2921

Fax: 9027 - 2921

Forschungsbericht „Was tun gegen rechte Gewalt?“

Die Landeskommision Berlin gegen Gewalt hatte im Jahr 2006 eine erste Untersuchung in Auftrag gegeben, um Erkenntnisse darüber zu gewinnen, ob die Berliner Projektlandschaft den aktuellen Problemlagen und Erscheinungsformen des Rechtsextremismus gerecht wird. Es sollten Empfehlungen dazu erarbeitet werden, ob und in welcher Form Projektschwerpunkte ggf. geändert werden sollten. Auffallend war das Ergebnis, dass eine spezifische Gewaltprävention mit Blick auf die – in der Regel bildungsarmen – rechtsorientierten und gewaltaffinen männlichen Jugendlichen vernachlässigt wurde. Hier wurde in dem ersten Forschungsbericht ein wichtiger Ansatzpunkt gesehen, um künftigen Gewalttaten entgegenzuwirken.

Der zweite Forschungsbericht, den die Arbeitsstelle Jugendgewalt und Rechtsextremismus am Zentrum für Antisemitismusforschung der TU Berlin ebenfalls im Auftrag der Landeskommision Berlin gegen Gewalt durchgeführt hat, ist dieser speziellen Problematik der rechten Gewalt und deren Tätern gewidmet. Dazu haben wir uns auch deshalb entschieden, weil solche Gewaltstraftaten in besonderer Weise eine Verletzung des gesellschaftlichen zivilen Minimums darstellen. Darüber hinaus geht es in der aktuellen Studie neben speziellen Projekten gegen Rechtsextremismus vor allem um die Frage, inwieweit Arbeitsansätze der sekundären und tertiären Prävention im Bereich von Jugendhilfe, Justiz und Polizei, die nicht speziell für die Auseinandersetzung mit rechter Gewalt entwickelt wurden, dennoch für die Prävention von rechter Gewalt geeignet sind.

Die Forschungsergebnisse liegen nun vor. Diese wollen wir nicht vorwegnehmen, sondern im Rahmen der Veranstaltung vorstellen und anschließend mit Ihnen und mit Expertinnen und Experten aus Politik, Wissenschaft und Praxis darüber diskutieren.

Hierzu sind Sie herzlich eingeladen.

Programm

- 16.00 Uhr Begrüßung**
Thomas Härtel
Vorsitzender der Landeskommision Berlin gegen Gewalt, Staatssekretär für Sport
Einführung in das Thema
Prof. Dr. Wolfgang Benz
Zentrum für Antisemitismusforschung der TU Berlin
- 16.15 Uhr Vortrag zu den Ergebnissen des Forschungsberichts „Was tun gegen rechte Gewalt? Arbeitsansätze der sekundären und tertiären Prävention in Berlin“**
Dr. Michael Kohlstruck
Arbeitsstelle Jugendgewalt und Rechtsextremismus am Zentrum für Antisemitismusforschung der TU Berlin
- 16.45 bis 17.15 Uhr Pause**
- 17.15 Uhr bis 19.00 Uhr Podiumsdiskussion mit**
Günter Piening
Beauftragter des Senats von Berlin für Integration und Migration
Claudia Schmid
Leiterin der Abteilung Verfassungsschutz der Senatverwaltung für Inneres und Sport
Prof. Dr. Claudius Ohder
Hochschule für Wirtschaft und Recht
Eberhard Seidel
Aktion Courage
Bianca Klose
Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus
Dr. Michael Kohlstruck

Moderation:

Nina Amin Abayazid, Journalistin

Landeskommision
Berlin gegen Gewalt



ANMELDUNG

zur Veranstaltung

Was tun gegen rechte Gewalt?

am 1. Dezember 2009

Name : Vorname:

Behörde / Organisation / Abteilung / Firma:

Adresse, Telefon, Fax **dienstlich**:

oder privat:

Ich bin damit einverstanden, dass meine Angaben unter Beachtung der Datenschutzgesetze für die Verwaltung und Organisation der Veranstaltung durch die Landeskommision Berlin gegen Gewalt erfasst, gespeichert und verarbeitet werden.

Datum:

Unterschrift: